



FDP | 25.10.2023 - 13:35

Irreguläre Migration muss begrenzt werden



Die Bundesregierung hat sich auf schärfere Regelungen für Abschiebungen verständigt. Das neue Gesetz soll verhindern, dass Rückführungen in letzter Sekunde scheitern. Für die Freien Demokraten ist dieser Schritt richtig und wichtig.

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch ein umfangreiches Maßnahmenpaket zur Beschleunigung von Rückführungen beschlossen. Es sieht unter anderem vor, die Höchstdauer des Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage zu verlängern, Abschiebungen nicht mehr vorab anzukündigen und die Befugnisse der Polizei bei Durchsuchungen in Gemeinschaftsunterkünften zu erweitern. Die FDP begrüßt die Rückführungsinitiative und fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen. „Die Zahl der Migranten, die nach Deutschland kommen, muss dauerhaft spürbar sinken. Eine Voraussetzung dafür ist, dass wir national alles dafür tun, die Anreize illegaler Migration in unsere Sozialsysteme zu verringern“, mahnte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai.

Für eine echte Rückführungsoffensive müssten Bund, Länder und Kommunen Hand in Hand arbeiten: „Es braucht das klare Signal, dass Menschen ohne Bleiberecht keine Zukunft bei uns haben und das Land umgehend wieder verlassen müssen.“ Die Ministerpräsidenten seien dabei in der Pflicht, „auch ihre Hausaufgaben zu erledigen und beispielsweise auf eine konsequente Umstellung von Geld- auf Sachleistungen im Falle von Flüchtlingen mit geringer Bleibeperspektive zu setzen“, [erneuerte er den Vorschlag seiner Partei.](#) [1]

[Sieh dir diesen Beitrag auf Instagram an](#)

[2]

[Ein Beitrag geteilt von FDP \(@fdp\)](#) [2]

Union darf in den Ländern nicht blockieren

Auch FDP-Fraktionschef Christian Dürr hat die vom Bundeskabinett verabschiedeten Pläne für konsequentere Abschiebungen begrüßt. „Mit den neuen Abschieberegeln machen wir echte Fortschritte in der Migrationspolitik. Der Kanzler hat bei der Rückführungsinitiative unsere volle Unterstützung“. Das FDP-Präsidiumsmitglied ergänzte: „Insbesondere von der Union erwarte ich hier ein klares Signal?—?die CDU kann nicht in Berlin nach härteren Regeln rufen und in den Ländern blockieren. Wenn uns die gemeinsame Wende in der Asylpolitik nicht gelingt, habe ich große Sorge, dass die unkontrollierte Migration die Akzeptanz für die notwendige Einwanderung in den Arbeitsmarkt schwächt.“

Das [#Abschiebungspaket](#) [3] ist ein wichtiger Schritt, dem weitere Folgen müssen. Insbesondere der Wechsel von Geld- auf Sachleistungen bzw. Bezahlkarten ist dringlich, um die Zahlen zu reduzieren. CL

— Christian Lindner (@c_lindner) [October 25, 2023](#) [4]

Entscheidung über die Einreise an der EU-Außengrenze

Nach Ansicht der Freien Demokraten muss alles dafür getan werden, mehr Ordnung in die Migrationspolitik zu bringen. Deshalb müsse die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) konsequent vorangetrieben werden, [mahnte FDP-Fraktionsvize Konstantin Kuhle](#). [5] Unter den unionsgeführten Vorgängerregierungen sei es jahrelang nicht gelungen, eine europäische Einigung herbeizuführen. Diesen Fehler werde die jetzige Regierung nicht wiederholen. Die GEAS-Verhandlungen will die Bundesregierung daher schnellstmöglich zu einem erfolgreichen Abschluss führen. Denn: Wer keinen Asylgrund geltend machen kann, der sollte auch nicht über das Asylsystem nach Europa einreisen. Deswegen ist es richtig, dass künftig die Entscheidung über die Einreise möglichst bereits an der EU-Außengrenze getroffen wird.

Joachim Stamp, Sonderbevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen, machte [im Interview mit der Kölnischen Rundschau](#) [6] deutlich: „Wir brauchen einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen. Die Schließung der Balkan-Route in Kombination mit der EU-Türkei-Erklärung hat 2016 die Migration drastisch reduziert. Beides sollte erneut in Angriff genommen werden. Und tatsächlich Verfolgte müssen besser in Europa verteilt werden.“ Deshalb seien die Verhandlungen zum Gemeinsamen europäischen Asylsystem von großer Bedeutung.

Auch interessant:

- [Interview mit Joachim Stamp: Abschiebungen sind ein notwendiges Signal in die Heimatländer](#) [6]
- [Beschluss „Irreguläre Migration rechtsstaatlich und geordnet wirksamer bekämpfen und spürbar reduzieren“](#) [7]
- [Irreguläre Migration wirksamer bekämpfen und reduzieren](#) [8]
- [Gemeinsames Europäisches Asylsystem – Mehr Kontrolle und mehr Steuerung an der EU-Außengrenze](#) [9]
- [Ein modernes Einwanderungsland braucht klare Regeln](#) [10]
- [Endlich modernes Einwanderungsrecht für modernes Einwanderungsland](#) [11]
- [Mehr Ordnung und mehr Konsequenz bei Rückführungen](#) [12]
- [Beschluss des Bundesvorstandes: Für einen Neustart in der Migrationspolitik – für mehr Fachkräfteeinwanderung, bessere rechtsstaatliche Steuerung und weniger irreguläre Migration](#) [13]

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/irregulaere-migration-muss-begrenzt-werden#comment-0>

Links

[1] <https://www.fdp.de/seite/irregulaere-migration-wirksamer-bekaempfen-und-reduzieren> [2]
https://www.instagram.com/reel/Cxpu6UbtW6J/?utm_source=ig_embed&utm_campaign=loading [3]
https://twitter.com/hashtag/Abschiebungspaket?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [4]
https://twitter.com/c_lindner/status/1717120567449358410?ref_src=twsrc%5Etfw [5]
<https://www.fdpbt.de/kuhle-rueckfuehrungen-vereinfachen-irregulaere-migration-begrenzen> [6] <https://www.rundschau-online.de/debatte-kr/interview-mit-joachim-stamp-abschiebungen-sind-notwendiges-signal-665577> [7] <https://www.fdp.de/beschluss/beschluss-des-praesidiums-irregulaere-migration-rechtsstaatlich-und-geordnet-wirksamer> [8] <https://www.liberale.de/seite/irregulaere-migration-wirksamer-bekaempfen-und-reduzieren> [9] <https://www.fdp.de/seite/gemeinsames-europaeisches-asylsystem-mehr-kontrolle-und-mehr-steuerung-der-eu-aussengrenze> [10] <https://www.fdp.de/ein-modernes-einwanderungsland-braucht-klare-regeln> [11] <https://www.fdpbt.de/endlich-modernes-einwanderungsrecht-fuer-modernes-einwanderungsland> [12] <https://www.fdp.de/mehr-ordnung-und-mehr-konsequenz-bei-rueckfuehrungen> [13] https://www.fdp.de/sites/default/files/2023-04/2023_04_20_buvo_fuer-einen-neustart-in-der-migrationspolitik-fuer-mehr-fachkraefteeinwanderung-bessere-rechtsstaatliche-steuerung-und-weniger-irregulaere-migration.pdf